

Sozialschutz und soziale Eingliederung

Das Bundeskabinett hat den Nationalen Strategiebericht Sozialschutz und soziale Eingliederung 2008 – 2010 beschlossen. Der Bericht zeigt die Mittel und Wege auf, mit denen Deutschland im Zeitraum 2008 bis 2010 Armut und soziale Ausgrenzung bekämpft, eine gute Altersversorgung gewährleistet und allgemein zugängliche, hochwertige Gesundheitsversorgung und Pflege sichert. Dabei werden die Handlungsfelder und Maßnahmen auch mit Blick auf die gemeinsamen sozialen Ziele der Mitgliedstaaten der Europäischen Union dargestellt. Neben einem allgemeinen Überblick gliedert sich der Bericht in die Teile „Soziale Integration“, „Alterssicherung“ und „Gesundheit und Pflege“.

Der Bericht ist Teil der sogenannten Offenen Methode der Koordinierung (OMK) der Europäischen Union. Die Umsetzung der gemeinsamen Ziele im Bereich Sozialschutz und soziale Eingliederung ist Sache der Mitgliedstaaten. Die transparente Darstellung von einzelstaatlichen Politiken sowie deren Ergebnissen ermöglicht gegenseitiges Lernen. Die OMK fügt sich ein in die übergreifende EU-Strategie, nachhaltiges Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen sowie größerem sozialen Zusammenhalt zu erreichen (Lissabon-Strategie). Nach der Befassung des Bundestages und des Bundesrates wird der Bericht voraussichtlich Ende September 2008 der Europäischen Kommission zugeleitet.

Der Bericht steht im Internet unter www.bmas.de/coremedia/generator/27074/2008_07_30_sozialschutz_bericht.html

Sprachkompetenz von Migranten

Unzureichende Kenntnisse der deutschen Sprache sind nach wie vor eine der Hauptursachen für Arbeitslosigkeit. Wertvolle berufliche Qualifikationen und Fertigkeiten potentieller Arbeitnehmerinnen

und Arbeitnehmer gehen so dem Arbeitsmarkt verloren. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat deshalb ein Programm zur berufsbezogenen Sprachförderung für Menschen mit Migrationshintergrund gestartet. Für die gesamte ESF-Förderperiode 2007-2013 stehen 330 Millionen Euro aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds zur Verfügung. Bis zu 30.000 Teilnehmer im Jahr werden damit maximal ein halbes Jahr lang gefördert. Unabhängig von Staatsangehörigkeit oder Dauer des Aufenthalts in Deutschland können die Betroffenen zielgruppenspezifische Maßnahmen der Sprachförderung in Anspruch nehmen.

Verantwortlich für die Durchführung des Programms ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Die vom BAMF bereits organisierten Integrationskurse nach dem Zuwanderungsgesetz vermitteln eine erste Basiskompetenz der deutschen Sprache. Die durch den ESF geförderten Maßnahmen der berufsbezogenen Sprachförderung sollen verstärkt hiermit verknüpft werden.

Weitere Informationen stehen im Internet unter www.esf.de/portal/generator/806/programm_staerkung_berufsbezogenen_sprachkompetenz.html

Coachingprogramm für Gründer

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und die KfW Mittelstandsbank haben eine Vereinbarung für ein Coachingprogramm zur Förderung von Gründerinnen und Gründern, die sich aus der Arbeitslosigkeit heraus selbständig machen, unterzeichnet. Das aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) kofinanzierte Programm startet bundesweit am 1. Oktober 2008.

Die Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit ist für Arbeitslose eine Erfolg versprechende Option für die Integration in den Arbeitsmarkt. Allein im Jahr 2007 wagten über 150.000 arbeitslose Frauen und Männer den Schritt in die Selbständigkeit. Studien belegen, dass die Bestandsquoten von

geförderten Gründungen hoch sind und nur selten erneute Arbeitslosigkeit folgt. Existenzgründungsförderung gehört damit seit vielen Jahren zu den erfolgreichsten Instrumenten der Arbeitsmarktpolitik.

Die KfW Mittelstandsbank und ihre Regionalpartner unterstützen die Gründerinnen und Gründer im ersten Jahr nach Aufnahme ihrer selbständigen Erwerbstätigkeit. Sie erhalten einen Zuschuss von 90% des Beraterhonorars, maximal 3.600,- Euro. Gefördert werden Coachingmaßnahmen zu allen wirtschaftlichen, finanziellen und organisatorischen Fragen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von Existenzgründungen im Bereich der gewerblichen Wirtschaft und von Angehörigen der Freien Berufe.

Weitere Informationen stehen im Internet unter www.gruender-coaching-deutschland.de

DGB-Ausbildungsreport 2008

Regelmäßige Überstunden, mangelnde fachliche Anleitung und geringe Aussichten auf Übernahme – das sind zentrale Kritikpunkte Jugendlicher an ihrer Ausbildung. Dies ergab der Ausbildungsreport der DGB-Jugend. Der Ausbildungsreport basiert auf einer bundesweiten Befragung von 4.700 Auszubildenden aus den, laut Bundesinstitut für Berufsbildung, 25 häufigsten Ausbildungsberufen.

Im Schnitt machen 40% der Auszubildenden regelmäßig Überstunden, bei den Hotelfachleuten sind es sogar 70%. Nur 20% der Befragten können sicher sein, nach der Ausbildung übernommen zu werden. Auch mit der fachlichen Anleitung sind viele Auszubildende unzufrieden. 32% der Befragten gaben an, nur „manchmal“, „selten“ oder „nie“ fachlich angeleitet zu werden.

Im Ranking der 25 häufigsten Ausbildungsberufe werden die Industriemechaniker am besten beurteilt: fachliche Anleitung, Ausbildungsinhalte und Vergütung stimmen. Dies

trifft auch auf Kaufleute für Bürokomunikation und Bankkaufleute zu. Schlechte Beurteilungen gab es vor allem für Gastronomieberufe, Bäcker und Maler. Die Auszubildenden kritisieren mangelnde fachliche Anleitung, ausbildungsfremde Tätigkeiten sowie viele Überstunden.

Der Ausbildungsreport 2008 steht im Internet unter www.dgb.de/themen/themen_a_z/abisz_doks/a/ausbildungsreport_2008_kurz.pdf (Kurzfassung)

und

www.dgb.de/themen/themen_a_z/abisz_doks/a/ausbildungsreport_2008_lang.pdf (Langfassung)

Move Europe-Unternehmen

Jährlich entstehen in Deutschland volkswirtschaftliche Kosten durch arbeitsbedingte Erkrankungen und Frühberentung in Höhe von rund 44 Milliarden Euro. Das hat eine aktuelle Studie des BKK Bundesverbandes ergeben. Allein durch Muskel- und Skeletterkrankungen entstehen Kosten in Höhe von 10,8 Milliarden Euro. Unternehmen müssen Produktivitätsausfälle hinnehmen und Lohnfortzahlungen leisten, die Sozialsysteme werden durch Behandlungskosten, Krankengeldzahlungen und Einnahmeausfälle belastet.

Mit betrieblicher Gesundheitsförderung lässt sich ein erhebliches Einsparpotenzial für Unternehmen und Sozialsysteme erschließen. Die Partnerunternehmen der Kampagne „Move Europe“ haben sich bereits einiges einfallen lassen, um die Gesundheit ihrer Mitarbeiter zu erhalten. In Deutschland unterstützen die Kampagne seit 2007 rund 550 namhafte Firmen und Organisationen, die dabei von einem europäischen Erfahrungsaustausch profitieren.

Move Europe ist eine Initiative des Europäischen Netzwerks zur betrieblichen Gesundheitsförderung (ENWHP). Der BKK Bundesverband koordiniert die bis 2009 angesetzte Kampagne sowohl in Deutschland als auch europaweit. Interessierte Unter-

nehmen können ihre Gesundheitsförderungsmaßnahmen überprüfen und Move Europe-Partner werden.

Weitere Informationen stehen im Internet unter www.move-europe.de

Todesursache 2007

Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, verstarben nach Ergebnissen der Todesursachenstatistik im Jahr 2007 in Deutschland insgesamt 827.155 Personen (391.139 Männer und 436.016 Frauen). Dies waren 5.528 Sterbefälle und damit 0,7% mehr als im Jahr 2006.

Die häufigste Todesursache war wie auch schon in den Vorjahren eine Erkrankung des Herz-/Kreislaufsystems. Dadurch wurde bei über 43% der Verstorbenen der Tod ausgelöst. Hieran starben insbesondere ältere Menschen: Über 91% der Verstorbenen waren über 65 Jahre alt. Da Frauen im Durchschnitt älter werden als Männer, starben diese entsprechend häufiger an einer Herz-/Kreislaufkrankung. An einem Herzinfarkt, der zur Gruppe der Herz-/Kreislaufkrankungen gehört, verstarben 61.040 Personen, davon waren 55% Männer und 45% Frauen.

Über ein Viertel aller Gestorbenen erlag im Jahr 2007 einem Krebsleiden, der zweithäufigsten Todesursache. 3,7% aller Todesfälle sind auf eine nichtnatürliche Todesursache (Verletzungen und Vergiftungen) zurückzuführen. Hieran starben 30.650 Personen. Von den 9.402 Personen, die im Jahr 2007 freiwillig aus dem Leben schieden, waren 75% Männer und 25% Frauen. Das durchschnittliche Sterbealter der Suizidenten betrug 53,5 Jahre bei Männern und 59,7 Jahre bei den Frauen. Alkoholkonsum und Einkommen

Moderate Alkoholkonsumenten erzielen in Deutschland die höchsten Löhne. Insbesondere Weintrinker erhalten im Durchschnitt 5% bis 10% mehr Bruttolohn als Nichttrinker mit dem gleichen Bildungsstand, so das Ergebnis einer aktuellen DIW-Studie.

Der Zusammenhang zwischen moderatem Alkoholkonsum und Erwerbseinkommen ist bereits in verschiedenen Studien aus anderen Ländern belegt worden. Unter Bezug auf Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) aus dem Jahre 2006 zeigt sich bei genauerer Analyse, dass der positive Zusammenhang zwischen Alkoholkonsum und Einkommen umso stärker ist, je älter die Arbeitnehmer sind. Eine mögliche Erklärung könnte in den besseren beruflichen und sozialen Netzwerken von Trinkern liegen

Wettbewerb Suchtprävention

Der Startschuss für die vierte Runde des Bundeswettbewerbs „Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention“ ist gefallen. Alle deutschen Städte, Landkreise und Gemeinden sind aufgerufen, bis zum 15. Januar 2009 ihre Wettbewerbsbeiträge zum Thema „Suchtprävention für Kinder und Jugendliche vor Ort“ einzureichen. Der Wettbewerb wird von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) und der Drogenbeauftragten der Bundesregierung, mit Unterstützung der Kommunalen Spitzenverbände und der Spitzenverbände der Krankenkassen durchgeführt. Das Preisgeld beträgt insgesamt 70.000 Euro. Der Bundeswettbewerb wurde bereits 2001 ins Leben gerufen, um die Bedeutung der Suchtprävention auf kommunaler Ebene hervorzuheben und zu fördern.

Mit „Suchtprävention für Kinder und Jugendliche vor Ort“ stellt der neue Wettbewerb eine Thematik in den Mittelpunkt, auf die bereits ein großer Teil der suchtpreventiven Angebote in den Kommunen ausgerichtet ist. Deshalb sollte Suchtprävention neben der Informationsvermittlung Kinder und Jugendliche vor allem in ihrer Lebenskompetenz und ihrem Selbstwertgefühl stärken und ihnen Alternativen zum Suchtmittelmissbrauch aufzeigen.

Weitere Informationen zum Wettbewerb stehen im Internet unter www.kommunale-suchtprevention.de

Aidsprojekt GEMO

Das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) startet sein Modellprojekt „Gesundheitsförderung und HIV- und AIDS-Prävention für Menschen aus Osteuropa in Baden-Württemberg“ (GEMO). Damit werden erstmals neue Zugangswege der HIV- und AIDS-Prävention für Menschen mit osteuropäischem Migrationshintergrund entwickelt, vor Ort erprobt und wissenschaftlich evaluiert. Insgesamt stehen hierfür 1 Million Euro jährlich für die deutsch-ukrainische Partnerschaftsinitiative zur Bekämpfung von HIV/AIDS zur Verfügung.

In Deutschland leben insgesamt 1,5 Millionen Menschen aus Zentral- und Osteuropa. Dabei sind Aussiedler und Spätaussiedler nicht eingerechnet. Zwei Drittel aller innerhalb Europas lebender HIV/AIDS-infizierter Menschen leben in Russland, der Ukraine und den baltischen Staaten. Schätzungsweise 270.000 Menschen infizierten sich im Jahr 2006 neu, sodass die Gesamtzahl der mit HIV infizierten Menschen nun bei 1,7 Millionen liegt. Ohne wirkungsvolle Präventions- und Interventionsmaßnahmen in Deutschland sowie vor Ort gewinnt die HIV-Epidemie in den betroffenen osteuropäischen Staaten aufgrund der Mobilität der Menschen in Europa in den kommenden Jahren auch für Deutschland zunehmend an Bedeutung.

Mit der Förderung des BMG stellt sich der Landesverband Badisches Rotes Kreuz in Kooperation mit der Aidshilfe Freiburg dieser Aufgabe. Das Modellprojekt wird begleitet von der Katholischen Fachhochschule Freiburg, die es wissenschaftlich evaluiert.

Lebenserwartung in Deutschland

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamts (Destatis), hat die Lebenserwartung in Deutschland weiter zugenommen. Nach der neuen Sterbetafel 2005/2007 beträgt die durchschnittliche Lebenserwartung

für neugeborene Jungen 76,9 Jahre und für neugeborene Mädchen 82,3 Jahre. Nach der vorherigen Sterbetafel 2004/2006 waren es 76,6 beziehungsweise 82,1 Jahre.

Auch für ältere Menschen ist die Lebenserwartung weiter angestiegen. Nach der Sterbetafel 2005/2007 beläuft sich die Lebenserwartung von 60-jährigen Männern auf weitere 20,7 Jahre gegenüber 20,6 Jahren nach der letzten Sterbetafel. 60-jährige Frauen können statistisch gesehen mit weiteren 24,6 Lebensjahren rechnen. Nach der Sterbetafel 2004/2006 waren es durchschnittlich 24,5 Jahre.

Im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) ist die Lebenserwartung nach wie vor etwas höher als in den neuen Ländern. Bei den im Westen neugeborenen Jungen ergibt sich mit 77,2 Jahren gegenüber 75,8 Jahren bei den im Osten (ohne Berlin) geborenen Jungen ein Abstand von 1,4 Jahren. Bei den neugeborenen Mädchen beträgt der Abstand zugunsten der im Westen geborenen Kinder (82,3 Jahre) nur 0,3 Jahre.

Gesundheitsmonitoring

Robert Koch-Institut hat das Konzept für ein Gesundheitsmonitoring entwickelt, das alle Altersgruppen von 0 bis über 80 Jahren einbezieht und regelmäßige bundesweite (Längsschnitt- und Querschnitt-) Erhebungen vorsieht. Das Monitoring umfasst drei Komponenten, in denen das RKI parallel und aufeinander abgestimmt regelmäßig Daten erheben wird: Eine Komponente ist die Studie zur Gesundheit Erwachsener in Deutschland (DEGS), die Ende 2008 in Berlin beginnt und drei Jahre dauert. Weitere Komponenten sind die Fortführung des Kindergesundheits-surveys KiGGS als Langzeituntersuchung sowie regelmäßige telefonische Gesundheitsbefragungen mit dem Titel „Gesundheit in Deutschland aktuell“, kurz GEDA.

Das Gesundheitsmonitoring – eine kontinuierliche Beobachtung der gesundheitlichen Lage – wird ermöglicht durch die Finanzierung des Bundesministeriums für Gesund-

heit und das Projekt „RKI 2010“, mit dem das RKI in den nächsten Jahren schrittweise und nachhaltig gestärkt wird.

Weitere Informationen stehen im Internet unter www.rki.de → *Gesundheitsberichterstattung und Epidemiologie*

Umweltgerechtigkeit

Wer arm ist, lebt häufiger in einer Umwelt, die krank machen kann. Das belegen sozial- und umweltepidemiologische Studien: Sozial Schwächere wohnen in Deutschland beispielsweise häufiger an stark befahrenen Haupt- oder Durchgangsstraßen und sind Lärm und Abgasen so stärker ausgesetzt als sozial besser gestellte Menschen. Atemwegserkrankungen, Herz-Kreislaufstörungen und Schlafstörungen können mögliche Folgen sein. Der aktuelle „UmweltMedizinischen InformationsDienstes“ (UMID) behandelt ausführlich das in Deutschland noch neue Forschungsfeld „Umweltgerechtigkeit – Umwelt, Gesundheit und soziale Lage“.

Bisher liegen nur wenige systematische Untersuchungen zum Einfluss der Umwelt auf die Gesundheit und die Lebensqualität verschiedener sozialer Bevölkerungsgruppen vor. Der aktuelle UMID stellt ausgewählte Forschungsprojekte und Aktivitäten auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene vor, die soziale Faktoren in die Analyse umweltbedingter Gesundheitsrisiken einbeziehen.

Der UMID erscheint drei- bis viermal pro Jahr und informiert kostenlos zu Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz. Die am Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit (APUG) – neben dem Bundesumweltministerium, dem Bundesgesundheitsministerium und dem Bundesverbraucher-schutzministerium – beteiligten Einrichtungen Umweltbundesamt, Bundesamt für Strahlenschutz, Bundesinstitut für Risikobewertung und Robert Koch-Institut geben den UMID gemeinsam heraus.

Die aktuelle UMID-Ausgabe 02/2008 steht unter im Internet unter www.umweltbundesamt.de/umid

Innovationspreis Pflegemanagement

Der Verband Bundesarbeitsgemeinschaft Leitender Pflegepersonen e.V. BALK schreibt zum ersten Mal den mit 5.000 Euro dotierten Innovationspreis für Nachwuchsführungskräfte im Pflegemanagement aus. Das ZePP – Zentrum für Angewandte Pflegeforschung, Pflegeökonomik und Wirtschaftslehre an der Katholischen Fachhochschule Freiburg organisiert die Ausschreibung, koordiniert die Vergabe und ist Mitglied der Jury.

Neue Aufgabenfelder in der Pflege stellen große Herausforderungen an das Personalmanagement. Mit dem Innovationspreis Pflegemanagement sollen daher innovative Konzepte zum Thema Betriebliche Gesundheitsförderung durch Personalentwicklung in stationären wie ambulanten Einrichtungen des Gesundheitswesens ausgezeichnet werden. Pflegenden in Leitungsfunktionen und Absolventen von Studiengängen des Pflegemanagements können sich für den neuen Preis im Pflegemanagement bewerben. Bewerbungsfrist ist der 31. Oktober 2008.

Weitere Informationen stehen im Internet unter www.kfh-freiburg.de

Rentenratgeber für Frauen

Der Rentenratgeber wendet sich nicht nur an Frauen, aber er behandelt speziell Themen, für die sich Frauen wegen ihrer Altersversorgung interessieren. Im Einzelnen werden folgende Themen behandelt: Beitragszeiten - Basis Ihrer späteren Rente, Geringfügige Beschäftigung, Künstlersozialversicherung, Heirat, Häusliche Pflege, Scheidung, Rentenarten, Rehabilitation, Erwerbsminderung, Altersrente für schwerbehinderte Menschen, Vorzeitiger Ruhestand, Arbeitslosigkeit, Stufenweise Anhebung der Regelaltersgrenze vom 65. auf das 67. Lebensjahr von 2012 bis 2029, Hinterbliebenenrente und zusätzliche Altersvorsorge.

Der Ratgeber steht im Internet unter Art. Nr. A270 www.bmas.de/coremedia/generator/10072/rentenratgeber_frauen.html

Gesundheitslotsen

„Mit Migranten – Für Migranten“ (MiMi) ist Titel und Leitgedanke des bundesweit größten Migranten-Gesundheitsprojektes. Gemeinsam mit dem Ethno-Medizinischen Zentrum e. V. (EMZ) in Hannover hat der BKK Bundesverband im Jahr 2003 das Projekt ins Leben gerufen. Derzeit wird „MiMi“ in bereits 26 deutschen Städten angeboten, 13 weitere Städte folgen in Kürze, fünf Bundesländer fördern „MiMi“ zusätzlich in landeseigenen Projekten.

Das Projekt setzt auf umfassende Informationen in den Sprachen der Migranten. Speziell geschulte Lotsen beraten interessierte Migranten in ihren jeweiligen Muttersprachen über das deutsche Gesundheitssystem. Ein nunmehr vollständig aktualisierter Wegweiser durch das deutsche Gesundheitssystem „Gesundheit Hand in Hand“ ergänzt die Arbeit der Lotsen. In 14 Sprachen gibt es darin Informationen, z. B. über Krankenkassen, Arztwahl oder Verhalten in Notfällen. Eine Datenbank hilft bei der Suche nach den Gesundheitslotsen vor Ort. Per Menü kann man sich zu einem der Lotsen navigieren, die insgesamt über 40 Sprachen sprechen und mit ihnen Kontakt aufnehmen.

Weitere Informationen stehen im Internet unter www.bkk-bv-gesundheit.de/bkk-promig

Elternratgeber „un- sere kinder“

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) veröffentlicht die Broschüre „unsere kinder“ in erweiterter, vollständig überarbeiteter Auflage. Der Elternratgeber widmet sich der Altersgruppe vom Kleinkind bis ins Vorschulalter und schließt damit nahtlos an den bereits erschienenen Ratgeber „das baby“ an.

Die Broschüre „unsere Kinder“ greift in sechs Kapiteln die wichtigsten Themen auf. So werden die Früherkennungsuntersuchungen und Impfungen im Kindesalter ausführlich vorgestellt. Weitere Themen wie Ernährung, Bewegung und Spielen,

Zahngesundheit, Umgang mit Medien, Nichtraucherchutz, kindlicher Schlaf, Unfallverhütung, Körperpflege, Kleidung und Schuhe etc. sind eng mit der gesunden Entwicklung verknüpft und werden alltagsnah vermittelt. Außerdem finden Eltern Wissenswertes zu den häufigsten Krankheitssymptomen im Kindesalter wie grippale Infekte, Bauchweh, Erbrechen, Fieber und Ähnliches. Hinweise zu weiterführenden Informationen, eine Übersicht nützlicher Kontakte und Adressen, Lesetipps und Informationen zu Leistungen und Hilfen für Familien runden die Broschüre ab.

Die Ratgeber „das baby“ und „unsere kinder“ stehen im unter www.bzga.de → *Infomaterialien/Bestellung* → *Kinder- und Jugendgesundheit*

JOBSTARTER CONNECT

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) fördert mit dem Ausbildungsprogramm JOBSTARTER CONNECT neue Möglichkeiten, Jugendliche ohne regulären Ausbildungsplatz in die duale Berufsausbildung zu bringen. Das Programm ist Teil der Qualifizierungsinitiative „Aufstieg durch Bildung“ und bietet einen neuen Ansatz für die Ausbildungs- und damit auch Berufssintegration von jungen Menschen. Rund 60 Millionen Euro beträgt der Förderumfang von JOBSTARTER CONNECT. Die Mittel werden vom BMBF und aus dem Europäischen Sozialfonds der Europäischen Union zur Verfügung gestellt.

Ziel des Programms ist es, Lösungen zu finden, damit auch junge Menschen die nicht unmittelbar nach Verlassen der Schule einen Ausbildungsplatz erhalten haben, die Chance bekommen, eine Berufsausbildung abzuschließen. Dadurch soll langfristig auch dem erwarteten Fachkräftemangel in Deutschland begegnet werden. Das BMBF knüpft damit an die Empfehlungen des Innovationskreises Berufliche Bildung an: Sowohl die Ausbildung für Altbewerberinnen und Altbewerber als auch die Gestal-

tung von Übergängen sollen mithilfe von Ausbildungsbausteinen verbessert werden.

Folgende vier Anwendungsbereiche sind zur Erprobung in der Praxis vorgesehen:

- Qualifizierung von Altbewerberinnen und Altbewerbern,
- Schnittstelle Benachteiligtenförderung/betriebliche Ausbildung,
- Schnittstelle schulische (einjährige oder vollzeitschulische) Ausbildung/Ausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz bzw. der Handwerksordnung,
- Nachqualifizierung.

Weitere Informationen stehen im Internet unter www.jobstarter-connect.de

Internationale Kooperationen

Die deutschen Forschungs- und Bildungseinrichtungen setzen auf Zusammenarbeit mit europäischen und außereuropäischen Partnern. Hierzu leistet das Internetportal „Kooperation international“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) einen wichtigen Beitrag. Die neue Seite bietet den Nutzern eine übersichtlichere und deutlich benutzerfreundlichere Menüführung und eine klare Struktur. Neu ist außerdem ein Kooperationsforum, auf dem sich Partnerprojekte präsentieren und Forschungseinrichtungen kommunizieren.

In mehr als 40 ausführlichen Dossiers werden die wichtigsten Forschungs-Partnerländer Deutschlands sowie multinationale Organisationen vorgestellt. 4.000 internationale Links ermöglichen weitergehende Informationen zu Kooperationsmöglichkeiten und bestehender Zusammenarbeit. Über 200 aktuelle Nachrichten monatlich tragen dazu bei, dass die Nutzer auf dem Laufenden bleiben. Damit auch Einrichtungen aus dem Ausland das Portal nutzen können, gibt es eine englischsprachige Version der Internetseite.

Weitere Informationen stehen im Internet unter www.kooperation-international.de

Audit EU-Lebensqualität

EUROSTAT hat ein Städteaudit durchgeführt, um die Lebensqualität in 321 Städten in Europa zu vergleichen. Das Audit stützt sich auf 420.000 Daten über die größten aktuellen Herausforderungen wie Alterung der Bevölkerung, Migration, Wohnen und Umwelt. Die verwendeten Daten wurden 2006 und 2007 erhoben und beziehen sich auf das Jahr 2004. Der Erhebungsbereich umfasst 362 Städte, davon 321 in EU-27 und 41 außerhalb der Union (Norwegen, Schweiz, Kroatien, Türkei). In diesen Städten leben 25 % der europäischen Bevölkerung, insgesamt 120 Millionen Menschen. Ab 2009 wird das Städteaudit jedes Jahr durchgeführt.

1998 wurde das Audit von der Europäischen Kommission als Pilotprojekt ins Leben gerufen und lieferte seither alle drei Jahre vielfältige statistische Informationen. Das Städteaudit erstreckt sich auf neun Bereiche: Demografie, Soziales, Wirtschaft, Umwelt, allgemeine und berufliche Bildung, Mobilität und Verkehr, Informationsgesellschaft, Kultur und Freizeit, Bürgerengagement (Wahlbeteiligung usw.).

Weitere Informationen stehen im Internet unter www.urbanaudit.org
http://ec.europa.eu/regional_policy/themes/urban/audit

Europäisches Jahr 2009

Das Jahr 2009 wird zum europäischen Jahr der Kreativität und Innovation erklärt. An der großangelegten Initiative beteiligen sich die Mitgliedstaaten, die EU-Institutionen und unterschiedliche Interessengruppen. Ziel ist es, kreative und innovative Ansätze und Initiativen in unterschiedlichen Bereichen und auf allen Ebenen menschlicher Tätigkeit zu nutzen und zu fördern. Wenngleich

Bildung und Kultur in diesem Jahr im Mittelpunkt stehen, wirken sie sich doch auf viele andere Bereiche aus, zum Beispiel auf die Unternehmen, die Informationsgesellschaft, die Beschäftigungs- oder die Regionalpolitik.

Jeder Mitgliedstaat wird einen nationalen Koordinator ernennen, der im Rahmen dieses europäischen Jahres für die einschlägigen Maßnahmen auf nationaler oder regionaler Ebene zuständig ist. Die für Bildung und Kultur zuständige Generaldirektion der Kommission wird die Koordination auf europäischer Ebene sicherstellen. Zusätzliche Haushaltsmittel werden nicht bereitgestellt.

EU-Drogenaktionsplan

Die EU Kommission schlägt einen EU-Drogenaktionsplan für 2009 bis 2012 vor, der weit reichende Maßnahmen zur Stärkung der europäischen Zusammenarbeit beinhaltet, um die schädlichen Folgen des Drogenkonsums einzudämmen und die damit verbundenen Verbrechen zu bekämpfen. Der Aktionsplan beruht auf fünf Prioritäten, die durch Aktionen mit folgender Zielsetzung umgesetzt werden sollen: Verringerung der Drogennachfrage, Verringerung des Drogenangebots, Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit und besseres Verständnis des Drogenphänomens.

Der vorgeschlagene Aktionsplan schließt an den Aktionsplan zur Umsetzung der EU-Drogenstrategie 2005-2012 an, die der Rat 2004 gebilligt hat. Der EU-Drogenaktionsplan 2009-2012 beruht auf den zwei Pfeilern „Verringerung der Drogennachfrage“ und „Verringerung des Drogenangebots“, die durch die Querschnittsthemen Koordination, internationale Zusammenarbeit sowie Information, Forschung und Evaluierung ergänzt werden. Für jeden dieser Bereiche wurden Prioritäten festgelegt. Nach Diskussionen mit den Mitgliedstaaten wird der Europäische Rat aufgefordert, den EU-Drogenaktionsplan 2009-2012 bis Dezember 2008 zu billigen.